

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Geldpolitik - Steuerschätzung - DGB -
Entstaatlichung - EG-Haushalt**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1979) : Kurz kommentiert: Geldpolitik - Steuerschätzung - DGB - Entstaatlichung - EG-Haushalt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 11, pp. 533-534

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135373>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KURZ KOMMENTIERT

Geldpolitik

Balanceakt der Bundesbank

Das jüngste Maßnahmenpaket der Bundesbank – Anhebung des Diskont- und Lombardsatzes um jeweils einen Prozentpunkt und Eröffnung von neuen Rediskont- und Lombardspielräumen für die Banken – muß vor dem Hintergrund der erheblich verlangsamten Geldmengenexpansion und steigender Inflationsrate gesehen werden. Ein Fortdauern der Beinahe-Stagnation der Geldmenge wäre im Hinblick auf den künftigen Konjunkturverlauf nicht unbedenklich gewesen. So gesehen, läßt sich der Schritt der Bundesbank, die Bankenliquidität dadurch erheblich zu verbessern, daß sie anstelle der kurzfristigen Liquiditätsspritzen in Form von Wechselpensions- und Swapgeschäften neue Rediskont- und Lombardkontingente zur Verfügung stellt, durchaus als Anregung zu einer behutsamen Verstärkung der Geldmengenexpansion in Richtung auf ein potentialorientiertes Wachstum auslegen. Wenn die Banken den erweiterten Refinanzierungsspielraum nutzen – was angesichts der zu beobachtenden Marktverhältnisse nicht von der Hand zu weisen ist –, dürfte sich die monetäre Entwicklung wieder beleben.

Der Gefahr, daß dieses vorsichtige Verringern des Drucks auf das monetäre „Bremspedal“ mit „Gasgeben“ verwechselt wird, soll wohl die gleichzeitige Heraufsetzung der Notenbankzinsen einen Riegel vorschieben. Diese Zinsanpassung ist sicherlich vorwiegend als psychologisches Signal – nicht zuletzt im Hinblick auf die nahenden Tarifverhandlungen – zu verstehen, zumal in den letzten Monaten der Abstand zwischen Notenbank- und Marktzinsen beträchtlich angewachsen war und auch die beschlossene Anhebung des Diskont- und Lombardsatzes die Lücke nicht völlig schließt. Mit ihren Beschlüssen scheint die Notenbank demnach der Gefahr eines monetären Übersteuerns entgehen zu wollen, ohne dabei das Risiko einzugehen, die noch schlafenden Hunde der inflationären Erwartungen zu wecken. gm

Steuerschätzung

Konsolidierung oder Steuersenkung?

Die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften werden 1979 und 1980 voraussichtlich um 5,2 bzw. 7,7 Mrd. DM höher ausfallen, als bisher angenommen wurde. Nach diesen jüngsten Ergebnissen des Arbeitskreises Steuerschätzungen hat sich die Kontroverse zwischen der Koalition und der Opposition um den Termin für Steuersenkungen erneut verschärft.

Bundesfinanzminister Matthöfer will Steuererleichterungen nicht vor 1981, und er sieht in den zusätzlichen Steuermehreinnahmen die Chance einer verstärkten Konsolidierung der Staatsfinanzen, d. h. einer Verringerung der geplanten jährlichen Nettokreditaufnahme. Die Unionsparteien dagegen fühlen sich durch das Ergebnis der Steuerschätzung in ihrer Absicht bestätigt, die „heimlichen Steuererhöhungen“ – mehr als die Hälfte der Steuereinnahmen entfällt auf die Lohn- und Einkommensteuer – bereits 1980 durch ihren vom Bundesrat im Oktober verabschiedeten Gesetzentwurf abzubauen.

Angesichts der noch bestehenden Unsicherheiten über das Ausmaß der Wachstumsabschwächung im Jahre 1980 sowie über das Ergebnis der bevorstehenden Lohnrunden und damit auch über die Höhe der tatsächlichen Steuereinnahmen sollte jedoch zunächst noch am Konsolidierungskurs festgehalten werden. Im Laufe des kommenden Jahres könnten dann anhand von neueren Daten wesentlich genauer dosierte Korrekturen am Steuersystem vorbereitet werden, die den Namen Reform verdienen und dauerhaftere Lösungen anbieten, damit Steuersenkungsdiskussionen nicht zu einem jährlich sich wiederholenden Ritual werden. Doch von diesen sachlichen Argumenten abgesehen wird die Koalition in jedem Fall versuchen, ihr steuerpolitisches Pulver bis zum Wahljahr trocken zu halten.

sc

DGB

30 verdienstvolle Jahre

Zum dreißigsten Geburtstag waren sich alle einig: der DGB hat sich um den Aufbau der Bundesrepublik sehr verdient gemacht. Das nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene System der Einheitsgewerkschaften hat Regierung und Unternehmen einen wichtigen politischen Faktor und einen kompetenten Verhandlungspartner beschert. Denn von Anfang an hat sich der DGB nicht auf die traditionelle Aufgabe der unmittelbaren Interessenvertretung der in seinen Einzelgewerkschaften organisierten Mitglieder beschränkt, sondern darüber hinaus auch in der Politik seinen Einfluß geltend gemacht, was seine Arbeit nicht gerade erleichtert.

Immer wieder wird dem DGB-Vorstand bewußt, daß er eine schwierige Gratwanderung unternimmt zwischen den Forderungen seiner Mitglieder – inzwischen sind es 8 Mill. und damit mehr als ein Drittel der deutschen Arbeitnehmer – und dem Willen, in allen wichtigen Fragen eine ernst zu nehmende, d. h. „ver-

nünftige" politische Kraft zu sein. Anlässlich der Mitbestimmungsklage der Arbeitgeber und dem folgenden Auszug der Gewerkschaften aus der Konzertierten Aktion wurde deutlich, daß der DGB dabei den Konflikt nicht scheut.

Wie in allen großen Organisationen kommt es gelegentlich auch zu innerorganisatorischen Spannungen, die die Einheit bedrohen können. Das zeigt nicht zuletzt die gegenwärtige Diskussion um die richtige Energiepolitik. Bisher ist es dem DGB allerdings noch immer gelungen, solche Fragen zu lösen, ohne daß es zu einem offenen Bruch kam. Angesichts der in den nächsten Jahren auf viele Arbeitnehmer zukommenden Probleme ist zu wünschen, daß die Gewerkschaftsspitze auch in Zukunft ein Gefühl für die verschiedenen Strömungen an der Basis behält, damit der DGB weiterhin mit Recht von sich sagen kann, die Vertretung der deutschen Arbeitnehmer zu sein. ma

Entstaatlichung

Schleichende Entmündigung?

Die niedersächsische Wirtschaftsministerin will in einem bisher nicht gekannten Ausmaß die Privatisierung öffentlicher Aufgaben vorantreiben. In dem vorgelegten Programm wird nicht bei den immer wieder zitierten Schlachthöfen und der Müllabfuhr haltgemacht. Auch die Straßeninstandsetzung, die Krankentransporte, die Theater und Museen sowie die Bahn, die Post und Teile des Bildungsbereiches wären danach privatisierungsfähig.

Soweit dabei der Kostenaspekt angesprochen wird, ist die Herausnahme von Funktionen aus der staatlichen Sphäre dann angebracht, wenn ein Unternehmer die geforderte Leistung kostengünstiger und qualitativ gleichwertig produzieren kann. Das niedersächsische Programm wäre insoweit durchaus zu begrüßen. Dieser Aspekt reicht jedoch als alleiniger Beurteilungsmaßstab nicht aus, denn offensichtlich kann eine effiziente Aufgabenwahrnehmung nur dann attestiert werden, wenn die Leistungsabgabe nach erfolgter Privatisierung auch ihrem Umfang nach den politischen Zielsetzungen entspricht.

Außerdem fällt auf, daß die niedersächsischen Verfechter der „Entstaatlichung“ nur wenig Konkretes zu den Verteilungswirkungen ihres marktwirtschaftlich intendierten Modells sagen. Mit Sicherheit wird bei einer Finanzierung über Preise statt über Steuern eine große Zahl von bisher begünstigten Bürgern zum Teil von den Leistungen ausgeschlossen. Wenn dieses Ergeb-

nis gewollt ist, sollte man es allerdings deutlich sagen und nicht verschleiern von einer „schleichenden Entmündigung des Bürgers“ sprechen. Auch entbehrt es nicht einer gewissen Doppeldeutigkeit, wenn in diesem Zusammenhang die Stärkung von Eigeninitiative, Bürgersinn und Engagementbereitschaft als „Vorteil“ der Entstaatlichung verkauft wird. rr

EG-Haushalt

Perverser Mitteltransfer?

Der britische Nettobeitrag zum EG-Haushalt wird von 527 Mill. ERE in diesem Jahr voraussichtlich auf rund 1,6 Mrd. ERE 1980 ansteigen. Großbritannien wird damit zum größten Nettozahler der Gemeinschaft. Diese Entwicklung wird in Großbritannien als „unerträglich“ empfunden, und der „Economist“ spricht von einem „perversen“ Mitteltransfer von den armen zu den reichen Mitgliedsländern.

Hier muß man allerdings einhaken. Denn die Gegenüberstellung kassenmäßiger Transfers über den EG-Haushalt dürfte kaum ein geeignetes Meßinstrument der Kosten und Nutzen der britischen EG-Mitgliedschaft sein. Dies wird auf der Einnahmenseite des EG-Haushalts durch die Agrar-Abschöpfungen verdeutlicht. Da Großbritannien in starkem Maße Agrarprodukte aus Nicht-EG-Ländern bezieht, muß es für 1979 Abschöpfungen in Höhe von rd. 377 Mill. ERE an die EG-Kasse überweisen. Würde Großbritannien die Agrarprodukte jedoch aus der EG beziehen, wären die britischen „Beitragszahlungen“ um diesen Betrag niedriger, obwohl sich ökonomisch für das Land nichts geändert hätte. Von den EG-Haushaltsausgaben, die zu zwei Drittel dem Agrarsektor zufließen, profitiert Großbritannien demgegenüber als Land mit einem niedrigen landwirtschaftlichen Versorgungsgrad nur wenig. Ein weiterer Grund für die Nettózahlerposition ist, daß Großbritannien zustehende Mittel z. B. aus dem Regional- und Sozialfonds nicht voll zuflossen, weil es die Voraussetzungen für die Zuweisungen nicht erfüllte.

Insgesamt scheinen die Aussichten Großbritanniens nicht rosig zu sein, daß auf dem EG-Gipfel in Dublin eine stärkere Senkung des britischen Nettobeitrags beschlossen wird. Allerdings hat Großbritannien für die Zukunft ein As im Ärmel: Nach 1981 werden die EG-Haushaltsmittel nicht mehr ausreichen; dann muß über zusätzliche Beiträge und ihre Umstrukturierung verhandelt werden. Hier könnte Großbritanniens Chance liegen. kr